Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 50 (1958)

Heft: 2

Artikel: Neuorientierung der polnischen Gewerkschaften?

Autor: Degen, Kurt

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-353830

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 05.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Neuorientierung der polnischen Gewerkschaften?

Der im Oktober 1956 in Polen eingetretene politische Umschwung konnte selbstverständlich die polnischen Gewerkschaften nicht unberührt lassen. Wie weit und in welcher Weise er sich ausgewirkt hat, das versuchte genau ein Jahr nach dem Umschwung, im Oktober 1957, der Gewerkschaftsjournalist *Kurt Degen, Basel,* in Gesprächen mit maßgebenden polnischen Gewerkschaftsführern in Warschau selbst zu ermitteln. Eines dieser Gespräche — mit dem Sekretär des Zentralrates des Polnischen Gewerkschaftsbundes, *Waclav Tuludziecki* — geben wir nachstehend wieder. Es läßt ohne Zweifel noch sehr viele wichtige Fragen offen, vor allem, was die eventuellen Beziehungen zwischen den freien Gewerkschaften des Westens und dem Polnischen Gewerkschaftsbund betrifft. In mancher Beziehung wird es unseren Lesern aber wichtige Informationen über die Vorgänge in den polnischen Gewerkschaften seit dem Oktober 1956 vermitteln.

Redaktion «Gewerkschaftliche Rundschau».

Einleitung

Polen genießt zurzeit nicht mehr dasselbe Interesse, das ihm vor einem Jahr von der gesamten Weltpresse entgegengebracht wurde. Die unruhigen Tage des Oktoberumschwungs mit den stündlichen Meldungen von großen Meetings und Resolutionen liegen hinter uns, und neue Pulverfässer beschäftigen die öffentliche Meinung. Doch es fragt sich nun, ob diese Tage spurlos am kommunistischen Regime vorbeigegangen sind oder ob gewisse bleibende Veränderungen festzustellen sind. Sicher ist heute schon, daß Gomulka die Versprechen nicht erfüllen konnte, die seinen Machtantritt ermöglichten und die von den Massen erhofft wurden. Die ungelösten Probleme drängen also weiterhin zu Veränderungen – die allgemeine Entwicklung zu einem freiheitlicheren System muß und wird in Polen so weitergehen, wie sie vor dem Oktober zwei Jahre hindurch die Ereignisse bestimmte. Für die freien Gewerkschaften ist es eine Erfahrungstatsache, daß tiefgreifende Verschiebungen in einem politischen System nicht für die Sensationspresse bestimmt sind, sondern immer konkretes Wissen voraussetzen. Es gilt, die großen und kleinen Folgen des Oktobers 1956 in Polen in ihrer realen Tragweite zu sehen, wenn wir eine wirklichkeitsnahe Beurteilung der Situation in diesem Lande, das uns schon mehrmals mit Ueberraschungen beschenkte, treffen wollen.

Die entscheidende Kraft

Der Oktoberumschwung in Polen fußte auf zwei Faktoren, die das Bierut-Regime zum Niedergang zwangen und einen Führungswechsel in der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (Kommuni-

sten) durchzusetzen vermochten: auf der intellektuellen Bewegung der sogenannten Revisionisten, die von der Studentenschaft ausging und in der Presse ihren Niederschlag fand, und auf den zunehmenden Aktionen der polnischen Arbeiterschaft. Die letzteren haben den entscheidenden Ausschlag gegeben. Posen war die Kraft, die das Regime in den Grundfesten erschütterte und alle Zweifler und Schwankenden auf die Seite des «Oktobers» zu ziehen vermochte. Nur die Aktionen der Arbeiterschaft konnten den arbeiterfeindlichen Charakter des Regimes für alle Welt beweisen und zum Ausdruck bringen.

Neue Positionen

Während die Revisionisten mit dem Verbot der «Po Prostu» einen schweren Rückschlag erlitten, konnte sich die Arbeiterschaft gewisse Positionen erringen, die in den Arbeiterräten und sozialen Verbesserungen bleibende, nicht mehr zu widerrufende Formen anzunehmen scheinen. Es gab jedoch niemals ökonomische Verbesserungen für die Arbeiterschaft, ohne daß sie eine entsprechende Selbstschutzorganisation besessen hätte, die sie auch vor Uebergriffen und Schikanen des Staates oder des Kapitals zu schützen vermag. Die der Arbeiterschaft in Polen unter dem Drucke ihres Widerstandswillens gegebenen Zugeständnisse werfen somit sofort die Frage nach der Rolle der Gewerkschaften auf. Ohne deren freie Existenz müßten schlußendlich auch in Polen alle Erfolge des letzten Jahres hinfällig werden.

Die Grenzen der Erneuerung

Die Kommunistische Partei Polens konnte (wie in allen Oststaaten), bedingt durch das System, keine Partei der Arbeiterschaft mehr sein, sondern mußte eine Staatspartei werden. Die Gewerkschaften wurden im Zuge dieser Politik ebenfalls dem Staate unterstellt, was mittels übermäßiger Zentralisierung leicht zu erreichen war. Bleiben nun die Gewerkschaften Organisationen des Staates oder werden sie wieder solche der Arbeiterschaft? So stellt sich in letzter Konsequenz die Frage. Nun sind im Gewerkschaftsapparat die Tendenzen zur Verselbständigung, also Loslösung vom Staate, sehr ausgeprägt vorhanden, wie ich bei meinen vielen Gesprächen in Polen selbst feststellen konnte, und die Gomulka-Partei ist bereit, diesem Bedürfnis der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften entgegenzukommen. Man darf jedoch nicht erwarten, daß die Parteileitung, die vor dem Oktober mit den leitenden Organen der Gewerkschaften oft in Personalunion stand, eine voll unabhängige Gewerkschaft zulassen würde, müßte eine solche doch ihre eigenen Positionen bedrohen und eine Aenderung der politischen Verhältnisse weit über die Lockerungen des Oktobers hinaus bringen. Hier liegen die

Grenzen der Erneuerung der Gewerkschaftsbewegung in Polen. Doch in Richtung dieser Grenze ist zum Aufbruch in den polnischen Gewerkschaften schon geblasen, und wenn die Gewerkschaften einmal marschieren, haben sie schon manche Grenze zu überschreiten vermögen.

Warum ein Interview?

Während meines dreimonatigen Aufenthaltes in Polen zwischen August und November 1957 konnte ich weitgehende Informationskontakte mit einzelnen Zweigen der polnischen Gewerkschaften aufnehmen sowie ein längeres Interview mit dem Sekretär des Zentralrates des Polnischen Gewerkschaftsbundes durchführen. Es ist nun dem Leser selbst überlassen, anhand der Beantwortung meiner Fragen gewisse Wandlungen wie ihre Grenzen in der polnischen Gewerkschaftsbewegung festzustellen. Das Resultat dieses Interviews kann deutlicher als die Agenturmeldungen über die Existenz oder Nichtexistenz einer polnischen Studentenzeitschrift den Charakter der Gomulkapolitik und ihrer Konflikte sichtbar werden lassen. In diesem Sinne soll das folgende Interview zur Uebermittlung des Strebens der polnischen Arbeiterschaft nach freien Gewerkschaften und einem demokratischen Sozialismus dienen.

*

Das Interview

Frage: Inwiefern hat sich die Tätigkeit und die Zielsetzung des Polnischen Gewerkschaftsbundes nach dem Oktober 1956 geändert?

Antwort: Der Polnische Gewerkschaftsbund ist eine Massenorganisation der Arbeitenden in Polen. In ihm sind 5½ Millionen von insgesamt 7½ Millionen in Polen beschäftigten Arbeitern organisiert. Seit dem Oktober 1956 hat sich die Mitgliederzahl um über 400 000 vergrößert. Das erste Ziel der Organisation ist die *Verteidigung der Interessen der Arbeiterschaft.* Während der Periode vor dem letzten Oktober hat sich unsere Gewerkschaft in *ungenügendem* Maße mit den Bedürfnissen der Arbeiter befaßt. Das war der Grundfehler unserer damaligen Politik.

Natürlich soll das nicht bedeuten, daß der Gewerkschaftsbund in dieser Periode sich *überhaupt nicht* um die Bedürfnisse der Werktätigen interessiert hat, aber er leistete dies in mangelhafter und beschränkter Form. Der Sinn der Veränderungen in unserem Verbande liegt darin, daß wir nun eine Organisation besitzen, die eine wirkliche Fürsprecherin der Arbeiter geworden ist. Unsere ganze Tätigkeit stützt sich auf demokratische Grundsätze; unsere Organisation ist eng mit den Massen verbunden. Es haben sich also *nicht die Ziele,* sondern *die Methoden und Formen* unserer Arbeit geändert. Der Einfluß des Oktober-Umschwunges führte dazu, daß von

oben bis unten nach diesen Grundsätzen gearbeitet wird, um die täglichen Bedürfnisse der Arbeiterschaft befriedigen zu können, im Interesse des Sozialismus und des Wohlstandes der Nation.

Frage: Sie vertreten also die Auffassung, daß Ihre Organisation gemäß den klassischen Zielen der Gewerkschaftsbewegung die Interessen der Arbeiterschaft in erster Linie vertreten muß. *Ist der Polnische Gewerkschaftsbund auch bereit, die Arbeiter vor Uebergriffen staatlicher oder wirtschaftlicher Instanzen zu schützen?*

Antwort: Die Praktik beweist, daß die Verwaltungen mancher Betriebe, die ihre Produktionspläne mittels administrativer Maßnahmen erfüllen wollen, die getroffenen Vorschriften und Vereinbarungen nicht immer einhalten. In diesen Fällen tritt die entsprechende Gewerkschaftsorganisation als Repräsentantin der Belegschaft auf und fordert die *Beseitigung* der falschen Maßnahmen bei der Leitung des Betriebes. Sollte es zu keiner Einigung kommen, so wird die Gewerkschaft auf höherer Ebene intervenieren. Meistens können jedoch Unstimmigkeiten mittels Schlichtungskommissionen, die aus Vertretern der Arbeiter und der Verwaltung zusammengesetzt sind, gelöst werden.

Frage: Welche Organe sind diese höheren Ebenen?

Antwort: Es handelt sich hierin um die Ministerien, mit denen notwendigenfalls die zentralen Industriegewerkschaften verhandeln. Mehrere Mitglieder des Gewerkschaftsbundes sind auch Abgeordnete im Sejm [1].

Frage: Der Gewerkschaftsbund ist also eine selbständige Kraft im wirtschaftlichen und politischen Leben Ihres Landes. Mit welchen Methoden realisieren Sie diese Politik in Ihren Verhältnissen, die bekanntlich sozialistische sind?

Antwort: Die Gewerkschaften entfalten unter ihren Mitgliedern eine notwendige Aufklärungsarbeit, um sie zu überzeugen, daß wir nur mittels gemeinsamer Arbeit die wirtschaftliche Lage in unserem Lande verbessern können. Eine wichtige Bedeutung kommt den nach dem Oktober im ganzen Lande gebildeten *Arbeiterräten* zu. Sie entsprechen dem Prinzip der Arbeiterdemokratie und sind somit notwendig, um die Grundsätze der sozialistischen Demokratie zu realisieren. Das Erfassen aller Aufgaben, welche vor dem Volke stehen, das Gefühl der Verantwortung für das Schicksal des Landes sowie die Entwicklung der sozialistischen Demokratie kann nur mittels immer größerer Beteiligung der Massen an Organen der Selbstverwaltung in Betrieben und Institutionen erreicht werden. Das sind die Basen unseres Verbandes, aber auch die Mittel und Methoden der Gewerkschaftsbewegung in sozialistischen Verhältnissen.

Frage: Welche *konkreten Funktionen* üben die von Ihnen genannten Arbeiterräte heute in Polen aus?

---

[1] Sejm = das polnische Parlament.

Antwort: Der Arbeiter soll durch seine Vertretung, den von ihm gewählten Arbeiterrat, ein schöpferischer Teilnehmer an der Verwaltung und Leitung des Betriebes werden und sich verantwortlich fühlen können für die Entscheide des Werkes. Er ist somit beteiligt an den Problemen der Produktion, wie Verminderung der Selbstkosten, Verbesserung der Warenqualität und der Arbeitsbedingungen im Betrieb. Die Arbeiterschaft ist aber auch *materiell* interessiert an gesteigerter Rentabilität der Fabrikation. Der Arbeiterrat entscheidet deshalb mit bei der Aufteilung des erzielten Reingewinns des Betriebes. So bestimmt er über 8,5 Prozent der Ueberproduktion, die er in Form des sogenannten 13. Lohnes der Belegschaft vergeben oder im sozialen Wohnungsbau investieren kann, wie er eben von Fall zu Fall entscheidet.

Frage: Existiert eine *rechtliche Grundlage* für die Arbeiterräte?

Antwort: Ja, eine entsprechende Gesetzesvorlage wurde vom Sejm in diesem Jahre beschlossen. In dieser ist auch festgelegt, daß die Statuten der Räte in jedem Betrieb unabhängig formuliert und beschlossen werden.

Frage: Wie Sie vorher sich äußerten, haben sich die Arbeiterräte mit den Problemen der Produktion zu befassen. Ich glaube, daß die Steigerung der Produktion mit diesen verbunden ist. Inwiefern ist die Arbeiterschaft nach der Meinung der Gewerkschaften für diese verantwortlich und inwiefern die Instanzen der staatlichen Planung oder andere Organe?

Antwort: Die Steigerung der Leistungsfähigkeit unserer Produktion entscheidet bestimmt die schnelle Verbesserung der allgemeinen Lebenslage. Die Planung der Produktion muß natürlich so getroffen werden, daß die wirtschaftlichen Verbesserungen von den Werktätigen auch erfüllt werden können. Sie bedingen also das Einverständnis der Arbeiterschaft. Die Gewerkschaften interessieren sich in *diesem* Zusammenhang mit den Fragen der Produktionssteigerung. Im Rahmen des Möglichen geben sie Erläuterungen und schaffen die Bedingungen für eine bessere und effektvollere Produktion, um die Lage zu bessern. Gleichzeitig bemühen sich die Verbände um eine reelle Angleichung der Arbeitsnormen an die Leistungsfähigkeit unserer Betriebe. Die Produktionspläne der Betriebe werden somit nicht mehr durch höhere Instanzen willkürlich festgesetzt, sondern von den Direktoren und den Arbeiterräten gemeinsam bestimmt. Sollte eine Belegschaft schlußendlich dem Plan nicht zustimmen, so wird dieser von den Ministerialorganen nicht akzeptiert. Im weiteren wird die Belegschaft interessiert, die Kapazität des Betriebes durch Einführung von verschiedenen Formen von Nebenproduktionen voll auszunützen. Diese Aktion hat in verschiedenen Fabriken zu großen Erfolgen geführt und den Arbeitern ihren 13. Lohn stark erhöht, weil sie die Hälfte des Gewinnes der Nebenproduktion für sich beanspruchen können.

Frage: Die Methoden der Produktionssteigerung sind also verschiedener Art. Kann man zusammenfassen, daß der Arbeiterschaft und den unteren wirtschaftlichen Instanzen durch Erweiterung ihrer Kompetenzen die Initiative zu einer weitgehenden Dezentralisierung des Planungssystems überlassen wurde?

Antwort: Ja, im allgemeinen ist dies unsere Perspektive.

Frage: Sollte es in diesem Prozeß dennoch zu offenen Konflikten zwischen der Belegschaft eines Betriebes und der Verwaltung kommen, wird der Gewerkschaftsbund dann einen eventuellen *Streik* der Arbeiter als berechtigtes Kampfmittel akzeptieren, und wie ist Ihre Haltung im allgemeinen zum *Streikrecht?*

Antwort: In Polen gibt es kein Streikverbot. In den letzten Monaten wurden mehrere Streiks in einigen Gebieten des Landes durchgeführt. Die Arbeiterschaft war an diesen Streiks beteiligt, und kein Arbeiter wurde deswegen zur Verantwortung gezogen. Die Gewerkschaften vertreten jedoch die Meinung, daß solche Streiks kein Mittel sind, um die zurzeit bestehenden Schwierigkeiten zu beheben. Die Regierung hat in Beratungen mit uns alles mögliche unternommen, um die materielle Lage der Arbeiter zu verbessern. Jeder nächste Schritt müßte zur Inflation führen und neue wirtschaftliche Schwierigkeiten für unsere Nation bringen, die zuerst die Arbeiter schädigen würden.

In unserem Lande, das ein sozialistisches System entwickelt, handelt die Regierung im Interesse des Volkes. Sie ist durch das Volk gewählt. In diesem Verhältnis kann es keine antagonistischen Widersprüche zwischen der Regierung und den Arbeitermassen geben, wie es in kapitalistischen Verhältnissen auftritt. Jeder Streik in der heutigen wirtschaftlichen Situation wird zu einer Hemmung des Produktionsprozesses, bedeutet Verringerung des Nationaleinkommens, des Lebensstandardes und des Massenkonsums für die Arbeiterschaft.

Frage: Wie können die Gewerkschaften in dieser Situation die Bedürfnisse der Arbeiterschaft vertreten und die Forderungen einzelner Arbeiterkategorien real unterstützen?

Antwort: Wir müssen versuchen, die Forderungen der Arbeiter unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage schrittweise zu befriedigen. Das bedeutet, daß das herausgewirtschaftete Nationaleinkommen gerecht verteilt wird. Dafür muß man natürlich den Kontakt mit den Massen pflegen und mit der Arbeiterschaft an vielen Versammlungen sprechen, denn wir brauchen ihr Verständnis und ihre Unterstützung. Bei auftretenden Streiks hoffen wir, mittels Ueberzeugung und Diskussionen die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit bewegen zu können.

Frage: Wie Sie sich äußerten, sollen die Kontakte mit den Massen intensiviert werden. Führen aus diesem Grunde die polnischen Ge-

werkschaften die allgemeine *Dezentralisierung* ihres organisatorischen Lebens durch?

Antwort: Die Struktur unseres Verbandes entsprach den Prinzipien einer zentralistisch geführten Organisation. Eine der negativen Folgen dieser Form war eine weitgehende Entfremdung verschiedener Instanzen von den Massen unserer Mitglieder. Vor allem entwickelte damals der zentrale Apparat eine übermäßige Bürokratie, die ihn verschiedentlich von der Wirklichkeit isolierte. Diese Struktur hat sich nun im letzten Jahr stark verändert. Den zentralen Gewerkschaftsapparat mußten wir drastisch verringern und seinen Einfluß auf die Branchengewerkschaften schwächer gestalten. Die Anzahl der vollamtlichen Funktionäre wurde im Zuge dieser Politik stark beschränkt, so daß heute nur noch die für das Funktionieren der Organisation notwendigen Leute beschäftigt sind.

Frage: Wie kann in Polen die Aktionsfreiheit der Branchengewerkschaften garantiert werden?

Antwort: Bisher führten alle Branchenverbände eventuelle Verhandlungen *über den Zentralrat.* Heute jedoch können sie unabhängig mit den entsprechenden Ministerien direkt in Verhandlungen treten. Um dies rechtlich fixieren zu können, führten wir eine bedeutende Aenderung unserer Statuten durch. Alle unserem Verbande angeschlossenen Branchenorganisationen führen in diesem und im nächsten Monat ihre Landeskongresse durch, an denen sie ihre eigenen Statuten beschließen werden, so daß in Kürze alle Branchengewerkschaften ihre eigenen Statuten besitzen können, während bis dahin ein einziges Statut des Zentralrates für alle maßgebend war. Die Konsequenz dieser neuen Organisationsform dehnt sich natürlich auch auf die finanzielle Seite unserer Arbeit aus, so daß nun der überwiegende Teil unserer Einnahmen den Branchen- und Betriebsorganisationen zur Verfügung gestellt werden kann. All dies ist in den neuen Statuten der polnischen Gewerkschaften festgelegt.

Frage: Sind sich die polnischen Gewerkschaften in diesen von uns besprochenen Fragen einig oder kann man von verschiedenen Strömungen und differenzierenden Auffassungen in einzelnen Punkten sprechen?

Antwort: In grundsätzlichen Fragen sind zurzeit die polnischen Gewerkschaften einheitlicher Ansicht. Natürlich existieren verschiedene Meinungen in Fragen der Formen und Möglichkeiten des Sozialismus wie in der Frage der Arbeitsinspektion und auch in anderen Problemen unserer täglichen Arbeit.

Frage: Wird zurzeit in Ihrer Organisation die eventuelle Bildung eines zentralen Arbeiterrates, wie dies in Jugoslawien der Fall ist, noch diskutiert oder ist über diese Frage schon beschlossen worden?

Antwort: Ja, zu dieser Angelegenheit wurde schon einmal grundsätzlich Stellung bezogen. Vorläufig verneinen wir die Notwendigkeit der Bildung eines zentralen Arbeiterrates in Polen. Wir haben

nicht die gleichen Verhältnisse wie in Jugoslawien, und wir benötigen auch Zeit, um aus der bisherigen Form unserer Arbeiterräte die sich ergebenden Erfahrungen und Lehren ziehen zu können. Die Etappe der vollständigen Entbürokratisierung nähert sich ihrem Abschluß, und das eröffnet uns viele Möglichkeiten näherer Kontakte und besserer Verhältnisse mit der Arbeiterschaft.

Frage: Wie weit berücksichtigen Sie die Erfahrungen der jugoslawischen Arbeiterräte?

Antwort: Die ersten Arbeiterräte wurden vor Jahren schon in Jugoslawien gebildet, und sie existieren natürlich schon länger als die unsrigen. Wir beobachten mit Interesse die weitere Entwicklung dieses Rätesystems und werden ihre Erfahrungen auch berücksichtigen, soweit sie für unsere Verhältnisse uns angebracht erscheinen.

Frage: Ich danke Ihnen für die ausführliche Beantwortung meiner Fragen. Ich möchte Sie noch bitten, zum Schluß unseres Gespräches zwei wichtige Fragen über die internationalen Beziehungen des Polnischen Gewerkschaftsbundes stellen zu dürfen.

Antwort: Aber selbstverständlich. Ich schlage vor, daß unser Kollege *Boleslaw Gebert*, Vorsitzender unserer Außenabteilung, der hier anwesend ist, diese Fragen beantworten wird.

Frage: Bekanntlich existieren zurzeit zwei große Gewerkschaftsinternationalen. Ihr Verband ist dem Weltgewerkschaftsbund (WGB) angeschlossen. Glauben Sie, daß Kontakte zwischen Ihrem, dem Polnischen Gewerkschaftsbund, und den Gewerkschaften, die dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) angeschlossen sind, möglich sind und den Interessen beider in Frage kommenden Verbände dienen können?

Antwort: Die polnischen Gewerkschaften waren in der Vergangenheit wie heute immer grundsätzlich bereit, gleiche Beziehungen mit allen Organisationen zu pflegen, gleichgültig, welcher internationalen Zentrale sie angehören. Die Arbeiter aller Länder haben ähnliche Interessen. So einigt in der Praxis der Kampf um den sozialen Fortschritt und bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen der arbeitenden Menschen alle Organisationen. Es muß uns heute aber auch das Einstehen für den Frieden und der Freundschaft zwischen den Nationen einigen. Der Austausch von Delegationen, bessere Informationskontakte sind Formen, die ein günstigeres Klima für alle Gewerkschaftsorganisationen schaffen.

Die polnischen Gewerkschaften besitzen schon gute Beziehungen zum Osten wie zum Westen. So unter anderem zu der englischen Lehrer- und Bauarbeitergewerkschaft. Es gibt jedoch noch viele Landesverbände, mit denen wir noch keine Kontakte besitzen. Jede Initiative in dieser Richtung wird unsererseits angenehm begrüßt.

Frage: Welche Formen der Kontakte scheinen Ihnen am angebrachtesten, und nach welchen Prinzipien sollen nach Ihrer Auffassung solche Beziehungen gestaltet werden?

Antwort: Vor allem sollten Kontakte zwischen den einzelnen Landeszentralen angebahnt werden, unabhängig von den zurzeit bestehenden – oder fehlenden – Beziehungen der internationalen Zentralen. Jedoch müssen das natürlich repräsentative Delegationen sein. Wir vertreten den Grundsatz der gegenseitigen Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Landesverbände. Die Beziehungen können nur *so* vollkommen offen und auch fruchtbar geführt werden.

In der Vergangenheit wurde immer vieles ausgesprochen, was uns trennt, wir sind prinzipiell der Auffassung, daß wir heute von dem zuerst sprechen müssen, was uns einigt.

Frage: Welche wichtigen Probleme sind nach Ihrer Auffassung die ersten, die eine relativ einheitliche Stellung aller Gewerkschaften ermöglichen?

Antwort: Wir haben heute auf unserer Welt Regierungen verschiedener Systeme. Dennoch können wir beobachten, daß die Regierungen periodisch in Verhandlungen treten können oder müssen. In diesen Ländern mit verschiedenen Systemen gibt es auch verschiedene Formen von Gewerkschaften, sie alle umfassen jedoch eine Mitgliederzahl von 160 Millionen Arbeitern. Wieso sollten sie keine Verhandlungen führen können? Stellen sie doch an sich eine starke Kraft dar, die in verschiedenen Problemen eine wichtige Rolle spielen müssen. So in der Frage des Verbotes der Atomwaffen, des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, der gewerkschaftlichen Rechte usw. Man kann heute schon in diesen Punkten ein gewisses Einverständnis der verschiedenen Landesverbände feststellen. Nicht daß wir schon organisatorische Zusammenarbeit erwarten können. Aber das öffentliche Einverständnis der Gewerkschaften aller Länder in diesen unsere Menschheit so bedrohenden Angelegenheiten wird bestimmt ein entscheidendes Gewicht zur Bannung dieser Gefahren bedeuten.

Die polnischen Gewerkschaften sind in diesen Fragen bereit, alles in ihren Kräften Stehende zu unternehmen.

Frage: Ist der Polnische Gewerkschaftsbund der Meinung, daß die dem IBFG angeschlossenen Gewerkschaften, insbesondere die einheitlichen Organisationen Skandinaviens, Englands, Deutschlands, Oesterreichs und der Schweiz repräsentative Organisationen der Arbeiterschaft dieser Länder sind?

Antwort: Wir sind der Meinung, daß diese einheitlichen Organisationen der genannten Länder repräsentative Formationen der Arbeiterschaft sind, da die Tatsache der Existenz dieser einheitlichen Gewerkschaften der Ausdruck des Willens der Arbeiterschaft dieser Länder sein muß, unabhängig ihrer politischen Orientierung. Diese beurteilen wir genau so realistisch, wie wir wissen, daß morgen die Sonne wieder aufgeht.

Die polnischen Gewerkschaften sind auch durch die Arbeiter berufen worden, genau so können wir dies bei den genannten Landesorganisationen nicht verleugnen. Wir unsererseits werden in dieser

Hinsicht die Verhältnisse realistisch sehen und glauben auch, daß nur so bessere Voraussetzungen zur gegenseitigen Verständigung im Interesse aller Arbeitenden auf der Welt geschaffen werden können.

Frage: Sie berührten vorher die Frage der Atomwaffen. Ich glaube, daß dies heute eine sehr wichtige Angelegenheit ist. Glauben Sie, daß die Gewerkschaften aller Länder zur Lösung dieses Problems beitragen könnten, trotz den bestehenden Verschiedenheiten der Struktur der Staaten und den Verpflichtungen der Gewerkschaften zu ihren gesellschaftlichen Systemen?

Antwort: Wenn die Gewerkschaften in dieser Frage eine gemeinsame Front bilden könnten, das heißt, wenn sie eine gemeinsame Erklärung zum Beispiel der Uno oder den Weltmächten übergeben könnten, würden sie bestimmt einen wichtigen Beitrag leisten können. Wir in Polen haben den Krieg mit all seinen Grausamkeiten und Unmenschlichkeiten kennengelernt. Wir sind auch hier grundsätzlich immer bereit, zur Verminderung der Spannung und der Kriegsgefahr mitzuwirken. Wir suchen immer eine gemeinsame Sprache, um den Frieden, die Freundschaft und das Vertrauen zwischen den Völkern erwirken zu können.

Schluß: Ich möchte Ihnen für Ihre interessanten Ausführungen bestens danken und die Hoffnung damit verknüpfen, daß dieses Interview zum besseren Verständnis zwischen dem Schweizerischen und dem Polnischen Gewerkschaftsbund beitragen wird.

Kurt Degen, Basel

Der fünfte Verbandstag der polnischen Metallarbeiter

Der fünfte Verbandstag der polnischen Metallarbeiter, auf dem 450 000 Mitglieder vertreten waren, leitete die Reihe der Verbandstagungen ein, die vor dem Gewerkschaftskongreß stattfinden werden. Da es der erste Verbandstag unter dem Gomulka-Regime war und der Vorsitzende des Zentralrates der polnischen Gewerkschaften, der neu eingesetzte Loga-Sowinski, sich an ihm beteiligte, sind aus ihm die neuen Richtlinien der polnischen Gewerkschaftsbewegung zu erkennen. Im Präsidium des Verbandstages saßen neben den Vorsitzenden des Verbandes Vertreter der tschechoslowakischen, ostzonalen und ungarischen Gewerkschaften und der polnische Oberst Zebrowski vom Verteidigungsministerium.

Der Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes, Kasprowicz, betonte in seinem Rechenschaftsbericht, daß die Vertretung der Arbeiterinteressen sich mit den Direktiven der Partei in Einklang befinden müsse. Der Verband muß an der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes teilnehmen. Von der Erweiterung der Produktion und der Erfüllung des Produktionsplans hängt die Befriedigung der Lohnforderungen und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen